

Sattler, Tapezierer- und Portefeuille- Zeitung

Organ zur Förderung des Gesamtwohls aller in Sattlereien, Portefeulles-, Ledergalanterie- und Reiseeffektenbetrieben, sowie im Tapezierergewerbe und den verwandten Nebenberufen beschäftigten Arbeitern, Arbeiterinnen, Lehrlingen usw.

Publikationsorgan der Berufsrentenkassen

Inserate kosten die 4 gespaltene Pettizelle 1,50 Mark. Verbandsfachen 50% Rabatt

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b^{III}

Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr 2120

Erscheint wöchentlich. Preis 3 Mark pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten

Achtung!

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme in anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Warum das notwendig ist, kann jeder wissen!

Die Ortsverwaltungen sind verpflichtet, Anfragen sofort zu beantworten.

Nur wer seinen fälligen Wochenbeitrag pünktlich entrichtet, sichert sich im Bedarfsfalle die Unterstützung aus der Verbandskasse.

Ereue Pflichterfüllung sichert die Rechte!

Der deutsche Tapezierer-Bundestag zur Frage eines Reichstarifs.

In unserem Bericht über die Tagung der Unternehmer unserer Berufe in Dresden, ist noch nachzutragen, was der Bundestag zur Frage der Schaffung eines Reichstarifvertrages beschlossen hat. Wir haben diese Frage noch zurückgestellt, bis ein Bericht darüber vorlag. Schon vor der Tagung hatten wir diese Frage unerörtert gelassen, nicht deshalb, weil sie uns gleichgültig war, sondern weil es keinen Zweck hat, schon oft Gesagtes immer noch mal zu wiederholen. Der christliche „Holzarbeiter“ tat nämlich sehr verwundert, daß wir darüber still hinweggingen; wahrscheinlich ist ihm viel daran gelegen, daß ein solcher Reichstarif zustandekommt, von dem sich die christlichen Agitatoren eine wesentliche Stütze ihrer Absichten versprechen.

Wir wollen nicht die ganze Geschichte der Bestrebungen, zu einem Reichstarif seitens der Unternehmer zu kommen, hier erneut aufrollen. Es sei nur daran erinnert, daß die Voraussetzungen für Schaffung und Bestand eines Reichstarifs, nämlich das Vorhandensein guter, zuverlässiger Organisationen auch auf der Unternehmerseite, noch lange nicht erfüllt ist, wenigstens nicht in dem Maße, wie es notwendig wäre. Was nützt es, wenn wir unsere Hand bieten, um einen Reichstarif schaffen zu helfen, wenn keine Garantie gegeben ist, daß derselbe auch eingehalten wird. Es wäre schade um die aufgewendete Mühe und Arbeit.

Nun haben die Vertreter des Deutschen Innungsbundes und der Arbeitgeberverbände in Dresden erneut die Frage der Schaffung eines Reichstarifs erörtert und auf Antrag des Herrn Adler-Röhl beschlossen, die Aufstellung eines Rahmentarif für das Tapezierergewerbe zu erstreben. Der Beschluß wurde gegen 8 Stimmen gefaßt. Es kann daraus geschlossen werden, daß der Gedanke, daß die Schaffung eines Reichstarifs den Unternehmern erwünscht und nützlich erscheint, sich bereits durchgesetzt hat. Es hat das ziemlich lange gedauert, bis die ehemals tariffeindlichen Unternehmer begriffen haben, daß ein

Tarifvertragsverhältnis mit der Arbeiterschaft ihnen eine ganze Anzahl nicht zu verachtender Vorteile gewährt. Natürlich gibt es noch zahlreiche Gegner des Tarifgedankens in unieren Unternehmerkreisen. Diese sehen nur Fesseln im Tarifvertrag, welche der Ausbeutungsfreiheit der Arbeitskraft Grenzen ziehen, die ihnen in ihrer Kurzsichtigkeit lästig erscheinen. Daß dieses Vorurteil auch noch in Arbeitnehmerkreisen besteht, natürlich im umgekehrten Sinne, weil manche Arbeiter glauben, der Tarifvertrag hindere sie daran, ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen, ist ja ebenfalls bekannt. Im allgemeinen hat man aber heute auf beiden Seiten erkannt, daß der Abschluß und die Einhaltung von Tarifverträgen beiden Vertragsparteien Vorteile gewährt, die nicht unterschätzt werden können. Vor allem sichern die Tarifverträge für eine gewisse Zeit stabile Verhältnisse im Beruf und dadurch auch die Gewähr der Existenz für die Beteiligten.

Es hat einen harten Kampf gekostet, bis der Gedanke von der Nützlichkeit und Notwendigkeit der Schaffung von Tarifverträgen sich so weit durchgesetzt hat. Anfänglich mußte die ganze Macht der Organisation eingesetzt werden, um mit den Unternehmern zu Verträgen zu kommen. Heute erleben wir nun, daß die Unternehmer selbst lebhaft nach Verträgen drängen, während man in Arbeiterkreisen vielfach der Ansicht ist, die Tarifverträge hätten sich überlebt. Ihre Whantastie sieht bereits die sozialisierte Gesellschaft und die Arbeiter als Leiter der Produktion. Wir als Angehörige eines Berufes, der überwiegend aus Kleinbetrieben besteht, haben alle Ursache, uns nicht an Zukunftsbildern zu berauschen, für deren Verwirklichung in absehbarer Zeit alle Voraussetzungen noch fehlen. Wir werden gut tun, uns zunächst noch auf den Boden der erprobten Tatsachen zu stellen und unsere Gewerkschaftspolitik danach einzurichten. Noch immer müssen wir bestrebt sein, die Existenz unserer Mitglieder so günstig wie nur möglich zu gestalten und zu sichern. Das darf und braucht uns nicht zu hindern, dennoch nach den höheren Zielen zu streben.

Aus diesen Erwägungen stehen wir im allgemeinen der Schaffung eines Reichstarifs, der den Orten in bezug auf Festlegung der Löhne Spielraum gewährt, durchaus sympathisch gegenüber. Allerdings muß vorausgeschickt werden, daß der übriue Inhalt eines Reichsrahmentarifis auch so beschaffen sein müßte, daß die Gehilfenschaft die Gewähr hat, daß dadurch den Mißständen, die im Berufe so zahlreich vorhanden sind, entgegengetwirkt wird.

Da denken wir vor allem an die Lehrlingsfrage. Die Unternehmer stehen in dieser Frage auf dem Standpunkt, hier hat die Gehilfenschaft nicht hineinzureden, die Lehrlingsfrage ist eine individuelle, also private Angelegenheit des Meisters. Selbst den Innungen, Handwerks- und Gewerbetkammern will man nur einen sehr

beschränkten Einfluß in der Lehrlingsfrage gestatten. Mit einer verblüffenden Naivität geht man über alle Mißstände in der Lehrlingsfrage hinweg, denn man weiß, die Kleinrauter sind nur existenzfähig, wenn sie möglichst unbeschränkt Lehrlinge halten können. Jeder Eingriff in die Ausbeutungsfreiheit dieser kleinen Existenzen bringt sie in Garnisch und gefährdet die Aufrechterhaltung ihrer Mitgliedschaft. Wo natürlich Zwangssinnungen bestehen, hat dieses Kleinrauterum schon auf Grund ihrer großen Zahl die Mehrheit hinter sich. Wir haben erst in Nr. 39 an der Hand des Einspruchs des Innungsbundes für Nieder- und Mittelschlesien gegen den Reichstarifvertrag im Sattlerhandwerk ein recht drastisches Beispiel von der unglaublichen Rückständigkeit in diesen Kreisen gebracht.

Wie soll man solchen Geistern das Verständnis für die Zeitnotwendigkeiten beibringen, wenn selbst die berufenen Führer dieser Kreise dazu nicht imstande sind? Kann die Gehilfenschaft völlig apathisch zusehen, wie diese Zustände immer mehr um sich greifen? Das geht einfach nicht, daß wir uns an Zielen berauschen, von denen wir nicht wissen, wann sie sich verwirklichen lassen, derweil ein großer Teil unserer Berufsgenossen im Elend verkommt und immer aufs neue die Ursachen zu größerem Elend geschaffen werden, wie es durch die Lehrlingszüchterei geschieht.

Für die Zukunft unseres Handwerks, sowohl für Sattler wie für Tapezierer, ist die Lehrlingsfrage eine wichtige Angelegenheit. Es ist nicht wahr, daß die Lehrlingsfrage eine individuelle, private Angelegenheit der Innungsmeister ist. Das Gesamtgewerbe ist daran beteiligt, und die Gehilfenschaft muß all ihren Einfluß aufbieten, um endlich ein Mitbestimmungsrecht in Lehrlingsfragen zu erlangen.

Der Bundestag lehnt es ab, die Lehrlingsfrage in den Tarifen in irgendeiner Form mitzugeregeln. Unsere Verbandstage haben Richtlinien aufgestellt, in welcher Weise sich die Verwaltungenstellen der Lehrlinge anzunehmen haben. Wir müssen darauf bestehen, daß die Lehrlingsfrage mitgeregelt wird, sollte es zur Aufstellung eines Reichstarifes kommen. Den Unternehmern und ihrer Presse kann es nicht erspart werden, die Lehrlingsfrage einmal etwas großzügiger anzufassen, als sie es bisher gewöhnt waren.

Da wird in Handwerkerkreisen immer behauptet, die Gewerbeordnung regelt die Lehrlingsfrage, und danach ist es unzulässig, daß Lehrlingsverhältnisse in Tarifverträgen geregelt werden können. Der Reichsarbeitsminister soll sich ebenfalls auf diesen Standpunkt gestellt haben, so wird es immer wieder hinausgestellt. Demgegenüber sei festgestellt, daß der Reichsarbeitsminister der Verwaltungsstelle Forzheim des Deutschen Metallarbeiterverbandes ein Schreiben gesandt hat folgenden Inhalts:

„In der Anlage überende ich Abschrift der Entscheidung S. B. R. 3496, die zu den falschen

Meldungen über meine Stellungnahme zur tariflichen Regelung der Lehrlingsfrage anscheinend Unlach bot.

Wie Sie daraus ersehen werden, handelt es sich hier um eine Einzelentscheidung, in der das Reichsarbeitsministerium aus Zweckmäßigkeitsgründen vorläufig davon abgesehen hat, die allgemeine Verbindlichkeitserklärung auf den Lehrlingsfrage regelnden Paragraphen des Tarifvertrags auszudehnen.

Das Reichsarbeitsministerium hält nach wie vor an seinem Standpunkt fest, daß die Arbeitsverhältnisse regelnden Bestimmungen auch für Lehrlinge in Tarifverträgen festgelegt werden können, soweit nicht vom Gesetz besonderen Stellen übertragene Rechte hierdurch berührt werden.

Tarifverträge, die Bestimmungen für Lehrlinge enthielten, sind auch neuerdings wiederholt von hier für allgemeiner verbindlich erklärt worden."

Aus dieser Antwort geht klar und deutlich hervor, daß alle Behauptungen, die in Handwerkerkreisen und auf Handwerferfahrungen über die Frage, daß Lehrlingsangelegenheiten in Tarifverträgen nicht geregelt werden können, aufgestellt wurden, der Begründung entbehren.

Uns liegt auch ein Schreiben vor, welches die Gewerkekammer zu Hamburg an die dortige Tapeziererinnung gerichtet hat. Da wird beklagt, daß die Innungsmeister sich nicht an die mit der Gehilfenschaft vereinbarten Entschädigungsätze der Lehrlinge halten. Von der Gewerkekammer ist die Lehrzeit für Tapezierer auf 3½ Jahr festgesetzt. Das hat nicht verhindert, daß vierjährige Lehrzeiten bestehen. Die Gewerkekammer ersucht, in solchen Fällen dem Lehrling im vierten Jahr wenigstens den Entschädigungsatz, der zurzeit 25 Mk. beträgt, um 50 Proz. zu erhöhen.

Hier ist wieder ein Beispiel dafür gegeben, daß es unbedingt notwendig ist, die Lehrlingsverhältnisse schärfer als bisher unter die Kontrolle der Gehilfen zu stellen.

Für uns steht jetzt die Frage der Schaffung eines Reichsmanteltarifs für das Tapezierergewerbe zur Debatte. Da stellen wir uns auf den Standpunkt: warum sollen wir keinen solchen Manteltarif schaffen, wenn er uns inhaltlich einigermaßen bringt, was wir fordern müssen, wollen wir uns nicht mitschuldig an der weiteren Korruption in unserem schönen Handwerk machen. Wenn wir stillschweigend zusehen, daß die Lehrlingsfrage von den Unternehmern als Reservatrecht behandelt wird, müßten wir uns angeichts der herrschenden Zustände vor uns selber schämen.

Das geht einfach nicht, daß wir dieses Treiben in der Lehrlingsfrage durch Passivität begünstigen.

Das mögen die Unternehmer bedenken, wenn sie an die Aufstellung eines Reichstarifs herangehen, von dem sie erwarten, daß er zustandekommt.

Menschevollendung.

„Es reden und träumen die Menschen viel,
Von besseren künftigen Tagen.“

Das ist das Zeichen der Zeit, ehedem und heute noch. Ich habe wohl schon viel geträumt, jedoch noch wenig geredet. Das rechtfertigt es vielleicht, daß ich nun auch einmal spreche.

Den Gedanken werde ich nicht los, daß der individuelle Mensch in seiner Vollkommenheit (oder auch Unvollkommenheit) die Voraussetzung bietet alles Besseren, was an Vollendung der Gesellschaft vorhanden und erstrebt wird. Unser gesamtes Wirtschaftsleben, das so fein gegliedert und organisiert ist, und das der Sozialismus vollenden will, indem er allen Arbeitsertrag der Gesamtheit nutzbar machen will, setzt bei jedem einzelnen Menschen ein vollendetes Verantwortungsbewußtsein und Pflichtbewußtsein, kurzum, einen hochentwickelten Einzelmenschen voraus. Da muß ich schon sagen, daß der Mensch von heute seine geistigen Fähigkeiten im allgemeinen noch sehr zu entwickeln hat.

Der Sozialismus wird möglich werden, nicht nur allein dadurch, daß sozialistische Reformen getroffen werden, sondern wenn die Menschen sozialistisch denken, ihn verstehen und empfinden, und nicht zueilt, auch danach handeln.

Der Mensch ist ein göttliches Wesen. Das ist meine innerste und heiligste Ueberzeugung schon

Carifverhandlungen in Eisenach.

In Nr. 38 und 39 dieser Zeitung ist bereits kurz über die am 23., 24. und 25. September in Eisenach gepflogenen Tarifverhandlungen berichtet worden. Die Löhne in der Lederver-, Meißel- und Sportartikelindustrie bedurften dringend einer Verbesserung, deshalb gingen der eigentlichen Tarifamtssitzung Vorverhandlungen voraus, um mit den Vertretern der Unternehmer zu einer Verständigung zu gelangen. Das Tarifamt selbst hatte sich nur mit Verurteilungen gegen Urteile der verschiedenen Entscheidungskommissionen zu beschäftigen. Da voraussichtlich in der Nr. 41 der offizielle Bericht von den Verhandlungen veröffentlicht werden wird, soll hier nur ganz kurz über die Verhandlungen berichtet werden. Es muß gesagt werden, solche Verhandlungen, die von beiden Seiten mit einer beispiellosen Bähigkeit und Hartnäckigkeit geführt wurden, haben noch nicht stattgefunden. Es war ein heißes Ringen unserer besten Köpfe im geistigen Wettkampfe mit den Intelligenzen der Unternehmer. Die Vertreter der Unternehmer haben gekämpft, als wenn es sich um die Abwehr ihres endgültigen Unterganges handelte.

Ihr Sprecher, Herr Dr. Craß, erklärte: Man habe wohl für die Notlage der Arbeiterschaft volles Verständnis, bei der derzeitigen Geschäftslage sei es aber ganz unmöglich, die Industrie mit noch höheren Löhnen zu belasten, wenn sie nicht völlig zusammenbrechen solle. Der Leser kann sich kaum eine Vorstellung machen, in welcher Situation wir uns befinden. Die Vertreter der Arbeiter hatten den ganz bestimmten Auftrag, sich diesmal nicht wieder mit leeren Händen nach Hause schicken zu lassen. Und sie waren sich klar darüber, daß an einer Lohnzulage die Lederindustrie noch lange nicht zusammenbricht. In gerader glänzender Weise, mit schlagenden Argumenten und mit einwandfreiem Zahlenmaterial führte unser Vorsitzender Blum den schließlichen Beweis von dem Mißverhältnis, in dem sich die derzeitigen Löhne zu den ungeheuren Kosten einer dürftigen Lebenshaltung befinden. Er wurde vortrefflich unterstützt von unseren übrigen Vertretern, insbesondere dem Kollegen Elßner-Dresden. Immer neue Abwehrgründe führten die Unternehmer an. Herr Dr. Craß führte mit dem ihm eigenen Geschick die vielen kleinen, wilden Ergänzungen an, die sich erst selbstständig gemacht haben und nun durch Preisdrückerei die anfänglichen soliden tariftreuen Geschäfte schädigen. Auch die Luxussteuer sei ein starkes Hindernis für die Industrie. Er erwartet die Mithilfe der Arbeiterorganisationen bei der Bekämpfung dieser falschen, ungerechtfertigten Steuer.

Kollege Höf unterstrich nochmals die Ausführungen des Verhandlungsleitenden Blum und äußerte, daß die Ablehnung jeder Lohnzulage die erregte Stimmung der Arbeiterschaft zur Siebhitze steigern müsse. Wenn die Fabrikanten allen Wünschen der Arbeiterschaft immer nur ein starkes Nein entgegensetzen, anstatt der Situation ein wenig Verständnis entgegenzubringen, brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn die Arbeiter andere Mittel und Wege wählen, um zurechtzukommen. Diese Worte veranlaßten eine Anzahl Unternehmer das Wort zu ergreifen; sie wollten darin eine Drohung finden. Ihnen entgegneten in wirkungsvollen Worten die Arbeitervertreter Gottschalk, Elßner, Raspar. Ein Schlußantrag machte der Redeschlichter endlich ein Ende. Der offizielle Bericht wird über die Verhandlungen ausführlicheres bringen.

deshalb, weil kein Mensch den anderen Menschen in seinen tiefsten Tiefen erforschen kann. Unter dem Gottesbegriffe verstehe ich etwas Vollkommenes, nach dem sich der gute Mensch bildet und nach dem er sich zu vollenden bestrebt. Der Mensch hat Ideale, d. h. er lebt zwei Leben, eines der Wirklichkeit und eines in höheren Regionen, eine Art überfinnliches Leben, dem schon mancher sein irdisches Leben geopfert hat.

Glaube, Liebe und Hoffnung, diese Worte kennzeichnen den seelischen Zustand näher. Es ist das wohl der tiefste und unergründbarste Zustand der menschlichen Eigenart. Der Mensch verdient nicht als mit göttlichen Eigenschaften begabt bezeichnet zu werden, wenn er etwas Höherem, z. B. der gewaltigen Natur, von der sein Leben bedingt ist und von der es abhängt, ob sein Lebenslicht erlischt, sich nicht beugen wollte.

Demit ist aber nicht gesagt, daß er nun seinen aufrechten Gang aufzugeben braucht. O nein, liebe Freunde, die Welt ist sein Heim, die soll er gestalten und beherrschen. Er soll nur Ehrfurcht demgegenüber haben, was noch kein Mensch zu erforschen imstande war. Wer in der Natur den Urquell des Lebens erkennt, wird finden, daß hier auch das Göttliche seinen Ausdruck findet.

Es ist schwer, den Menschen da zu erforschen, wo er uns unergründlich erscheint, und ihn in das

Es sei nochmals betont, unsere Aussichten, Erfolg zu erzielen, standen zum Anfang der Verhandlungen hoffnungslos. Nur der Geschäftlichkeit und Bähigkeit, mit der unsere Arbeitervertreter die Interessen der Arbeiter verteidigten, ist es geschuldet, wenn schließlich doch noch das in Nr. 39 bereits berichtete Resultat erzielt wurde.

Carifverhandlungen im Sattlergewerbe.

Voraussichtlich finden Ende dieses Monats in Berlin vor dem Tarifamt des Reichstarifs der Handwerksbetriebe im Sattlergewerbe Verhandlungen statt. In Anbetracht der fortgesetzten Teuerung ist die Forderung einer Sondervergütung von 20 v. H. auf die Endlöhne eingereicht. Es steht zu erwarten, daß die Arbeitgeber Verständnis für die Lage der Beschäftigten werden und werden wir zu gegebener Zeit darüber berichten. Anträge auf Verringerung der Ortsklasse einzureichen haben gar keinen Wert, wenn nicht den Bestimmungen des Vertrages gemäß, zunächst örtlich in den Arbeitsgemeinschaften oder Bezirksausgleichungskommissionen eine Verständigung versucht wurde.

Zur Verteidigung unserer Lehrlingsordnung für den Tapezierberuf in Nürnberg-fürth!

Viel Zeit wurde aufgewendet, um eine Lehrlingsordnung für das Tapezierergewerbe in Nürnberg-Fürth zu schaffen.

Diese Lehrlingsordnung muß, dem heutigen Zeitgeist entsprechend, als gut bezeichnet werden, weil die gegenwärtigen Verhältnisse unter der veralteten Gewerbeordnung eine fortschrittliche Bewegung auf dem Gebiete des Lehrlingswesens besonders erschwerten. Kaum aber war diese Lehrlingsordnung heraus, setzte ein heftiger Kampf unter den Innungsmitgliedern ein. Sie scheuen nicht vor einer Sprengung ihrer eigenen Körperschaft zurück, arbeiten vielmehr darauf hin, alle Unternehmer, die die Umorganisation des Lehrlingswesens fördern und daran mitarbeiten, kaltzustellen. Ein gewisser Kreis der freien Innung betrachtet es als einen Sieg, ihren Obermeister, der ein eifriger Befürworter unseres Lehrplanes war, dieserhalb zum Abdanken gezwungen zu haben. Von diesen Schreibern ist man es ja gewohnt, daß sie sich gegen jede Ordnung wenden, bei der sie nicht als Herr im Hause in Frage kommen.

Die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer geordneten Lehrlingsausbildung zwingen den praktisch sich mit der Frage beschäftigenden Fachmann um so mehr zur Tat, denn es ist ein Skandal, in welcher Weise die Ausbildung heute noch in einer größeren Reihe von Betrieben vor sich geht. Die Fachschule zeigte das Elend in krafter Form. Die einfachsten Sachen können nicht ausgeführt werden. Nach Anhören des Fachlehrers, eines Unternehmers, mußte festgestellt werden, daß von den 16 Lehrlingen, die heuer auslerten, ganze drei als Tapeziererlehrlinge gehen können, während die anderen 13 insofern mangelhafter Ausbildung andere Berufe ergreifen müssen. Darunter ist einer, der bei einem der größten Schreier gegen den Lehrplan gelernt hat. Daher der Name „Lehrmeister!“ Gegen eine derartige verwerfliche Ausbildungsweise muß ganz entschieden Front gemacht werden.

richtige Verhältnis zur Gesellschaft zu bringen. Alle edlen Triebe sind vorhanden, sie müssen nur erkannt und entwickelt werden. Dieses Erziehungs- und Veredlungswert sollte jeder Mensch selbst an sich vollziehen. Die Menschen sind von Natur nicht gerade schlecht, sondern nur schwach. Diese Schwachheit ist Willensschwäche. Wir hören oft Menschen, die ihren fehlerhaften Zustand selbst beklagen, ihn aber als eine natürliche Anlage hinnehmen. Ist das richtig? Nein, niemals. Z. B.: Ich habe einen Freund, dessen Vater war ein mürrischer, ungründlicher Mensch. Es schmeckte ihm weder das Essen, noch die Arbeit. So war es nicht Seltenes, daß er wochenlang im Hause ein- und ausging, ohne etwas zu reden. Er trogte ohne Grund. Zum Trohen wird man aber immer einen Grund finden, wenn man will. Dennoch läßt sich jeder Zwischenfall, sei es in der Familie oder sonstwo, bei gutem Willen leicht begleichen. Der Troh ist etwas Häßliches am Menschen. Kurz und gut, meinem jungen Freunde gesiel das nicht. Er dachte oft in seinem tiefsten Innern, wirst du auch einmal so? Alle Angelegenheiten waren vorhanden. Er hätte sich nur diesem unedlen und natürlichen Triebe hinzugeben brauchen. Aber nein, das Gute siegte. Durch Selbstüberwindung und Selbsterziehung ist aus ihm das Gegenteil geworden. Sein Zustand ist ein innerlich befriedigter und sein Gesichtsausdruck ist schön und herzlich. Dies zusammen wirkt einnehmend und alle Herzen sind

Trotz allerhand Anforderungen, die der Tapeziererberuf an seine Angehörigen stellt, glaubte man mit Vergütungen von 3 bis 7 Mk. pro Woche zusammen. Die meisten Arbeitgeber behaupteten, die von uns geforderte Vergütung von 10, 20 und 30 Mk. wöchentlich sei unerlässlich. Dem halten die Eltern der Lehrlinge die tatsächlichen Feuerungsverhältnisse entgegen, indem für sie die Kosten für Ernährung, Kleidung und Weiterbildung ebenfalls unerlässlich sind. Wenn solche Erzeugnisse Lehrlinge halten, so gehören sie ihnen entzogen.

Auch die gesetzliche Arbeitszeit geht im Besonderen einem sehr großen Schreier gegen den Strich. Dieser hält es für gut und nützlich, um seinen Lehrling von der Strafe abzuhalten, ihn täglich bis 8 Uhr abends Auslaufsdiens machen zu lassen. Selbst Samstags, wo jeder Meister seinen Lehrling mittags nach Hause schickt, beschäftigt er den Lehrling bis abends 9 Uhr für sich. Wir erheben dagegen Einspruch, daß die Lehrlinge den Achtstundentag überschreiten oder die 48stündige Arbeitswoche nicht mehr einhalten. Die Handwerkskammer als eifrige Vertreterin ihrer Interessengruppen aber läßt Sturm gegen ihren Fortschritt. Sie vertritt das Eingreifen der Gewerkschaft in der Lehrlingsfrage, und doch verweigert sie gegen ihre eigenen Gesetze, indem sie den Unternehmern Vorschub leistet bei der Hinausführung der schon seit Menschengedenken in Bayern für den Tapeziererberuf üblichen dreijährigen Lehrzeit auf 6 1/2 Jahre. Sie hat das gutgeheißene, ohne den Gehilfenauschuss vorher um seine Meinung zu befragen. Auch die Handwerkskammer wird sich daran gewöhnen müssen, daß sie nicht für die Dauer gegen den Strom schwimmen kann. Es steht fest, daß weder von dieser noch von jener Seite den Lehrlingen geholfen wird. Hier müssen wir selbst eingreifen in der Erfüllung unserer Pflicht, den Lehrplan in seiner ganzen Fassung durchzuführen. Es darf uns der Widerstand der Unternehmern nicht hindern. Die Handwerkskammer kann unsere Tätigkeit nicht verhindern. Wir müssen den Lehrlingen helfen, dann ist auch uns geholfen. Der Kampf unserer Arbeitgeber gegen den Lehrplan ist das Signal für uns zur praktischen Arbeit. Von der ganzen Kollegenschaft verlangen wir vollste Unterstützung. Steinig ist der Boden, der zu beackern ist. Möge dieser Kampf ein für uns günstiges Ende finden, zum Nutzen des gesamten Gewerbes.

Scharfmacher-Pläne.

Der „Vorwärts“ veröffentlichte am 30. September folgendes Dokument:

„Die Lohnpolitik der nächsten Zeit muß in erster Linie ein weiteres Steigen der Löhne verhindern. Die von der Vereinigung ausgegebene Parole, keine Lohnerhöhung zu bewilligen, ist im allgemeinen befolgt worden, auch Behörden und Schlichtungsausschüsse haben sie sich zu eigen gemacht. Seitens der Arbeiterkammer ist die Resolution natürlich heftig bekämpft worden, jedoch waren größere Streiks als Folge abgelehnter Forderungen selten. Wegen Teiltreue wird die Ausprägung der Arbeiterkraft eines Bezirkes angetan. Sollten auch jetzt noch Schlichtungsausschüsse Lohnerhöhungen bewilligen, so wird dringend empfohlen, den Schiedsspruch mit eingehender Begründung unter Hinweis auf die derzeitige wirtschaftliche Lage abzulehnen und gleichzeitig dem Demobilisationskommissar Kenntnis von der Ablehnung und ihren Gründen zu geben. Ein materieller Grund für weitere Lohnerhöhungen besteht nicht, da

ihm zugetan. An solchen Beispielen sollten sich alle festeren Naturen ein Vorbild nehmen und ebenso zu vollenden trachten. Wie fange ich das an? Willenskraft und Energie sind hierzu erforderlich. Durch einen tiefinnerlich sich selbst gebenden heiligen Schwur, den zu halten man mit aller innerlichen Macht und Willenskraft befreit ist, kann man viele Mängel beseitigen. Besonders zu empfehlen ist es, sich an großen Geistern zu bilden. So ist z. B. Schillers „Flucht aus Suttgard“ von Andreas Streicher, eine Perle unserer deutschen Literatur, sehr zu empfehlen. Es birgt wahres Menschentum und Nächstenliebe in sich. Was für ein hohes Gemüt und eine wahrhaft göttliche Denkungsart gehörte dazu, um alles das zu überwinden, was er mit Würde getragen und erduldet hat. Es sei nur angeführt, wie er mit seinem Freunde Streicher in Frankfurt weilte, jeglicher Geldmittel bar, und nur auf die Unterstützung seines treuen Freundes angewiesen, und auf den vom Baron Dalberg, des Intendanten des Mannheimer Hoftheaters, versprochenen Vorschub für sein Trauerspiel „Diebs“ wartete. Statt dessen erhielt er einen nichtsagenden Bescheid. Schiller bewies in dieser Lage sein reines, hohes Gemüt; kein hartes, kein heftiges Wort kam über seine Lippen, nicht einmal eines Tadels würdige er die erhaltene Antwort, so wenig er sich auch vor seinem jüngeren Freunde hätte zu genieren brauchen, um seinen Unmut auszulassen. Was können wir

nach statistischen Erhebungen die Ernährungs- und gesamten Lebensunterhaltungskosten in den zwei letzten Monaten erheblich gefallen sind.

Neue Tarife sollten feinesfalls abgeschlossen werden, ohne der Affordarbeit genügenden Raum zu schaffen, volle Ausnutzung der 48stündigen Arbeitswoche ist dringendes Gebot. Auch das Reichsarbeitsministerium empfiehlt, Vor- und Abschlußarbeiten außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit vornehmen zu lassen. Eine Reihe von Demobilisationskommissaren erteilte bereits generell die Genehmigung für diese Ueberleistung der achtstündigen Arbeitszeit. Hingewiesen wird ferner auf die Einführung von Qualitätsprämien, Ersparnisprämien für Rohstoffe.

Auch die Vergrößerung der Differenz zwischen der Entlohnung gelehrter und ungelerner Arbeiter ist anzustreben. Sie ist im Jahre 1919 teilweise bis zu 30 Prozent verringert worden; so stieg z. B. in der Berliner Metallindustrie der Lohn des ungelerten Arbeiters von 60,2 Prozent im ersten Vierteljahr 1919 vom Lohn des gelehrten Arbeiters auf 92,5 Prozent im ersten Vierteljahr 1920. Zur Vorbereitung des Lohnabbaus, mit dem am besten der Bergbau und die chemischen Industrien beginnen würden, sind Propaganda in der Presse, Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer und auf die Betriebsräte sowie Ueberweisung einschlägigen Materials an die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse empfohlen. Der Abbau hat zunächst bei den Löhnen der Jugendlichen und Unberbeiteten zu beginnen, deren Löhne relativ zu hoch sind. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wird voraussichtlich den Verbänden noch eine genauere Darstellung dieser Fragen zugehen lassen.

Dieses Geheimzirkular einer Arbeitgeberzentrale läßt klar erkennen, was wir von den Unternehmern zu gewärtigen haben.

Immer mehr Betriebe sind stillgelegt worden, viele Tausende von Arbeiterfamilien leiden bittere Not und sehen mit Grauen der ungewissen Zukunft entgegen. Bekannt ist allgemein, daß die Arbeiterlöhne noch lange nicht Schritt gehalten haben, mit der Steigerung der Preise für alle Bedarfsartikel. Bis jetzt sind diese Preise noch nicht nennenswert gesunken, mithin kann auch keine Rede sein vom Abbau der Löhne.

Bemerkenswert ist die Behauptung in diesem Zirkular, Behörden und Schlichtungsausschüsse hätten sich die Parole zu eigen gemacht, keine Lohnerhöhung zu bewilligen. Das erweckt doch mehr den Eindruck, als renommierten die Scharfmacher nur, als sei hier der Wunsch, die Beförden möchten so handeln, der Vater des Gedankens. Jedenfalls ersehen wir daraus, wie notwendig die Geschlossenheit der Gewerkschaften ist. Eineerspitterung derselben wäre glatter Selbstmord.

Betriebsräte und soziale Ausfuhr-abgabe.

Eine alte Erscheinung ist es, daß die Unternehmer allgemein gern bestritten sind, sich von jeder Abgabe für das Allgemeinwohl aus Prinzip zu drücken. Das ist auch bei der sozialen Ausfuhrabgabe der Fall, deren Ertrag hauptsächlich den Arbeitsinvaliden zugute kommen soll. Im „Korrespondenzblatt“ erhebt nun A. Knoll gegen die Betriebsräte den Vorwurf, daß sie den Unternehmern dabei Hausrechtbedienste leisten. In der Kommission für die Ausfuhrabgabe erscheinen mit den Vertretern

daraus lernen? Die Völker der Erde, soweit sie Götter verehren, erblickten in ihnen das Maß, an dem sie sich bildeten. Wenn aber die Güte und Milde der Götter erschöpft war, dann brachen die Menschen oft in Wut und Zorn aus. Schiller als Mensch hat diese Vorstellung der Gottheit weit überragt.

Die Materie des Bildungssystems ist, wie wir sehen, recht kompliziert. Um vom Unvollkommenen zur Vollkommenheit zu gelangen, ist die Ueberwindung aller bösen Triebe und die Befreiung von allen Mängeln und Fehlern, die dem Menschen mehr oder weniger anhaften, notwendig. Dazu gehört Mut, Seelentraft und Selbstüberwindung. Was stellt sich dem alles feindlich gegenüber; Stimmung des Tages, Willkür, Gleichgültigkeit, Leichtsinns und Gedankenlosigkeit. Bei allem, was ein Mensch tut, mache er es sich zur Pflicht, vorher den Verstand zu befragen, das Herz, das Gefühl und den inneren Menschen mitpredigen zu lassen. Handelt er nur nach selbsttätigen Zwecken und egoistischen Erieben, so ist das verwerflich. Allgemeininteressen müssen über den Einzelinteressen stehen. Schon der Gedanke der Organisation enthält wunderbare und erhebende Ideale. Was ist hoher Idealismus: Einer für alle, alle für einen! Das ist das Grundmotiv. Solidarität, Einigkeit, Brüderlichkeit und Gemeinamkeit; sind das nicht erhabene Gedanken? Wenn erst alle Menschen davon besetzt sind und ihre Handlungen danach einstellen, dann brauchen wir keine kirchlichen Traditio-

der Unternehmer auch Vertreter der Betriebsräte, die in Uebereinstimmung mit den Unternehmern erklärten, daß, soll die Ausfuhrabgabe geleistet werden, der Betrieb stillgelegt werden muß. Den Betriebsräten wird der Vorwurf gemacht, daß sie nicht genügend Sachkenntnis und selbständiges Urteil in diesen Dingen besitzen und sich aus Verurteilungsstolz von den Unternehmern mißbrauchen lassen. Dadurch würde den Arbeitervertretern in der Kommission die Arbeit erschwert.

In der Praxis sehen die Dinge eben anders aus als in der Theorie. Das zeigt sich hier deutlich. Die Klage mag nicht der Berechtigung entbehren, wird aber wohl, allgemein genommen, nicht zutreffend sein, denn es kommen in den verschiedenen Industrien auch ganz verschiedene Verhältnisse in Frage. Nehmen wir an, daß ein Fabrikant bei den heutigen Konkurrenzpreisen einen Auslandsauftrag aufs genaueste kalkuliert hat und mit der Berechnung gerade noch zurechtkommt. Dann erfährt er nachträglich, daß noch mehrere tausend Mark Ausfuhrabgabe auf den Kosten berechnet werden müssen. Natürlich legt er nun den Betriebsräten die Berechnung vor. Entweder diese unterstützen den Antrag des Unternehmers auf Befreiung von der Ausfuhrabgabe oder der Auftrag muß fallen gelassen werden. In diesem Falle gibt es eben keine andere Wahl. Es ist natürlich möglich, daß einzelne Betriebsräte nicht immer die wirtschaftlichen Zusammenhänge genügend kennen. Das wäre nur ein Ansporn, dem abgeholfen und für gehörige Schulung zu sorgen. Jedenfalls zeigt dieser Vorwurf, der gegen die Betriebsräte von A. Knoll erhoben wird, daß es nicht immer leicht ist, in jedem Falle richtig zu handeln.

Korrespondenzen.

Hamburg-Altona. (30. 9.) Versammlung vom 17. September. Zu Ehren des verstorbenen Kollegen Josef Wrede erhebt sich die Versammlung von dem Plätzen. Dann referierte Kollege Spliedt über Arbeitsgemeinschaft und Klassenkampf. Ein großer Teil der Arbeiterschaft fordert schleunige Sozialisierung, aber selbst im Kohlenbergbau wird es kaum möglich sein, ohne fremdes Kapital wieder aufzubauen. Soll der deutsche Arbeiter aber nicht nur Lohnarbeiter für das ausländische Kapital sein, dann müssen wir versuchen, unseren Auslandsmarkt wieder zurückzugewinnen. Vor allen Dingen muß versucht werden, durch Ausfuhr von Fertigwaren genügend Lebens- und Futtermittel zu beschaffen. In den letzten 1 1/2 Jahren ist durchweg großer Schund ins Ausland geliefert worden, sehr zum Schaden der deutschen Arbeiter. Der Abfall strotzt und ist nur wieder zu haben durch Qualitätsarbeit.

Hier soll die Arbeitsgemeinschaft, die bis jetzt nicht den Erwartungen entsprochen hat, einsehen. Nach der Revolution haben sich die gewerkschaftlichen Organisationen zu sehr darauf beschränkt, fast nur Arbeitsverträge sicherzustellen. Wir müssen vielmehr versuchen, durch die Arbeitsgemeinschaft in anderen Fragen, wie Außenhandel, Zoll, Steuer usw., mehr in den Vordergrund zu treten. Durch Heranbildung genügend geschulter Leute muß die Arbeitsgemeinschaft ein Instrument werden, den Interessen der Allgemeinheit zu dienen, um allmählich zur Sozialisierung zu kommen.

In der Debatte wird für und gegen die Arbeitsgemeinschaft gesprochen, die Mehrzahl der Redner erachtet dieselbe für sehr wichtig, um vorwärts zu kommen.

nen mehr. Sozialismus ist die Religion der Zukunft, die das Menschentum tatsächlich beseligend und glücklich machen kann.

Daran laßt uns glauben! Auf, ihr Brüder, wirkt im Sinne des Sozialismus, denkt darüber nach, wie und wo er anzuwenden ist. Es ist noch vieles im Werden begriffen, viel, was uns sinnlich vorschwebt, aber erst in feste, brauchbare Formen gegossen werden muß. Denke jeder nach, keine geistige Tätigkeit kann entbehrt werden, und ist auch jenes oder dieses zur Wirklichkeit geworden, am Horizont tauchen wiederum höhere, schönere Ideale auf, treten neue Anforderungen an uns heran. Die Menschen gottähnlicher zu machen und höherem Leben entgegenzuführen ist das Ziel. Strebe jeder danach, sich selbst zu erziehen, sich selbst zu vollenden und alle Uebel zu überwinden. Denn das ist die Grundlage und die Voraussetzung des Sozialismus. Beherrzige jeder die Goetheworte:

„Edel sei der Mensch,
Hilfreich und gut,
Denn das allein
Unterscheidet ihn
Von allen Wesen,
Die wir kennen.“

Im Schlusswort erklärt der Referent, daß in den Kreisen der Unternehmer fieberhaft gearbeitet wird, um den Auslandsmarkt wiederzugewinnen. Vorbildlich darin ist die Offenbacher Lederindustrie, durch Herstellung besonders guter Qualitätsarbeit. Durch regen Beifall bewies die Versammlung ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten. Die Abrechnung vom Sommerfest ergab einen Uberschuß von 821,70 Mk. Zur Entlastung der Bezirke Gimsbüttel und Bornstedt wurden die Bezirke Eppendorf und Wimberhude eingerichtet. Kommissionen hierfür waren unter den Versammlungsbesuchern nicht zu gewinnen. Als Bezirksleiter für die nähere Umgegend Hamburgs wurde Kollege Krohn gewählt. Die durch die Aussperrung in den Werfbetrieben betroffenen Kollegen haben beim Zentralvorstand Bezahlung der Streiktage verlangt, mußten aber laut Statut abgewiesen werden. Sülberg und Rettig bemängeln die Mitarbeit der Kollegen in den einzelnen Bezirken. Es beteiligen sich zu wenig Kollegen an der notwendigen Agitation, wodurch die tätigen Kollegen mit Arbeit überlastet werden. Zum Schluß erklärt Spließ die Aenderung in der Zeitungsgestaltung. Anwesend 187 Mitglieder. **W. Werner.**

Hlois Staudinger †

Am 2. Oktober verschied in Leipzig der Vorsitzende des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands im Alter von nur 44 Jahren. Der Verband erleidet in dem Verstorbenen einen herben Verlust, dessen Können und Wirken sehr vermisst wird.

Streiks und Lohnbewegungen.

Darmstadt. Nach fünftägigem Streik bei der Firma Alter wurden für alle Betriebe, die dem Bezirksverband der Holzindustriellen angehören, vor dem Demobilisationskommissar folgende Lohnzuschläge vereinbart: Mit Wirkung vom 16. September 1920: für Facharbeiter über 22 Jahre 40 Pf., von 20 bis 22 Jahre 30 Pf., von 18 bis 20 Jahre 11 Pf., für Mäherinnen 20 Pf.

Nach den Bestimmungen des Vertrages ist eine monatliche Regelung der Löhne durch die Tarifkommission vorgesehen. Die Arbeitgeber, denen diese Tarifbestimmung unangenehm ist, weigerten sich wiederholt, dieser Bestimmung Rechnung zu tragen. Der Schlichtungsausschuß hatte uns eine Lohnerhöhung von 5 Proz. durch Schiedsspruch zugestanden. Unsere Versammlung lehnte diesen Schiedsspruch ab.

Wenn auch unsere Forderung auf 10 Proz. Erhöhung nicht voll anerkannt wurde, so bedeutet diese Erhöhung doch einen wesentlichen Vorteil für unsere Mitglieder.

Essen. (Tapezierer.) Nach Verhandlungen erfolgen folgende Zuschläge: Ab 1. Oktober für alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 22 Jahre 30 Pf., unter 22 Jahre 25 Pf., ab 1. November weitere 20 resp. 15 Pf. die Stunde. Ferner verpflichten sich die Arbeitgeber, den Arbeitern die Karloffeln zum Preise von 30,— Mk. pro Zentner zu liefern.

Rundschau.

Erhöhte Fürsorge für Erwerbslose. Die Bemühungen der Delegationen der Erwerbslosen haben ein Ergebnis erzielt. Die Reichsregierung will zur Gewährung einer Beihilfe für längere Zeit Arbeitslose außer den bereits bewilligten 25 Millionen Mark weitere 15 Millionen Mark aus Reichsmitteln zur Verfügung stellen. Die Beihilfe soll auch solchen Personen zukommen, die mindestens 8 Wochen Erwerbslosenunterstützung erhalten.

Eine Reichskonferenz der Krankenkassenangehörten beruft der Zentralverband der Angestellten für den 7. November nach Weimar ein. Als Tagesordnung ist u. a. vorgesehen: „Forderungen zur Tarifrevision“, „Angestelltenrecht und Dienstordnung“ und „Die Reform der Reichsversicherung“.

Sterbetafel.

Nürnberg. Am 7. September starb an Lungenerkrankung im Alter von 22 Jahren unser Mitglied Bernhard Engelhardt.
— Am 8. September starb an Rippenfellentzündung im Alter von 56 Jahren das Mitglied Karl Bergner.
Hamburg. Am 14. September starb unser Mitglied der Tapezierer Rud. Bahnsen.
Ehre ihrem Andenken!

Für meine Lederwarenfabrikation suche ich einen mit sämtlichen Arbeiten durchaus vertrauten

älteren Werkmeister,

der einen ähnlichen Posten bereits bekleidete. Bewerber müssen äußerst gewissenhaft sein und mit ruhiger Bestimmtheit größeres Personal beaufichtigen können. Handhabung der Fortuna-Schärfmaschine sowie Entfernern geschmackvoller Muster wird verlangt. Angebote mit Angabe von Referenzen erbeten unter **Chiffre 303** an die Expedition dieser Zeitung.

Soziales.

Beschwerdefristen im Schlichtungsverfahren. In letzter Zeit häufen sich die Fälle, daß die Schlichtungsausschüsse Beschwerden wegen ungerechtfertigter Entlassung abwiesen, weil seitens der Beschwerdeführer die Fristen, die sich aus den §§ 84 und 86 des Betriebsrätegesetzes ergeben, nicht eingehalten werden. Dadurch wird es den Betroffenen häufig unmöglich gemacht, zu ihrem Recht zu kommen. Die Fristen sind:

1. Anrufung des Arbeiter- und Angestelltenrats durch den betroffenen Arbeitnehmer innerhalb fünf Arbeitstagen nach der Kündigung.
2. Anbahnung von Verhandlungen durch die Arbeitnehmervertretung innerhalb weiterer sechs Arbeitstage.
3. Anrufung des Schlichtungsausschusses innerhalb weiterer fünf Arbeitstage.

Der letzte Termin der Anrufung des Schlichtungsausschusses ist also der 16. Arbeitstag nach der erfolgten Kündigung. Wenn diese Fristen veräunmt sind, besteht auf Grund des § 90 noch die Möglichkeit der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Dieselbe muß innerhalb zwei Wochen, spätestens jedoch innerhalb eines Monats, vom Ende der veräunmten Frist an gerechnet, beantragt werden. Wird auch diese Frist veräunmt, so besteht keine Möglichkeit mehr, auf Grund des A.N.G. etwas zu unternehmen.

Rechtsverbindlichkeit des Tarifvertrages für sämtliche Mitglieder der betreffenden Organisationen. Ein Gehilfe war von seinem Meister mit eintägiger Kündigung eingestellt worden. Nach seiner Entlassung strengte er gegen den Arbeitgeber Klage auf Fortzahlung des Lohnes für weitere 14 Tage an, indem er behauptete, nach dem maßgebenden Tarifvertrage sei die Kündigung eine zweiwöchige. Der Beklagte wandte dagegen ein, er habe von dem Tarifvertrage gar nichts gewußt; der Innungsoberrmeister habe ihm von diesem Vertrage keine Kenntnis gegeben.

Das Gewerbegericht Stoß hat den Beklagten antragsgemäß verurteilt. Nach dem Tarifvertrage gilt eine zweiwöchige Kündigungsfrist, die nicht durch Vereinbarungen einzelner Arbeitgeber und Arbeitnehmer geändert werden kann. Der Kläger muß daher mit seinem Ansprüche durchdringen, sofern der Beklagte nicht dardat, daß er dem Tarifvertrage nicht unterworfen ist. Der Obermeister der in Rede stehenden Innung hat jedoch bekundet, daß der Beklagte bereits vor der Einstellung des Klagen den Gehilfen Mitglied der Innung war. Die Einrede des Beklagten, der Obermeister habe ihm von dem Tarifvertrage keine Kenntnis gegeben, ist unerheblich; es war Sache des Beklagten, sich nach den von der Innung geregelten Arbeitsbedingungen zu erkundigen. Die ganze Bedeutung der Tarifverträge würde illusorisch, wenn ein Arbeitgeber sich darauf berufen könnte, ihm sei der von seiner Organisation geschlossene Tarifvertrag nicht bekannt gewesen. Durch den Eintritt in die Organisation hat er sich allen Vereinbarungen unterworfen, die seine Organisation im Rahmen ihrer Aufgaben abschließt, ohne Rücksicht darauf, ob er sie im Einzelfalle kennt oder richtig versteht.

Bücherschau.

Im Verlag des Arbeiterrats, Berlin, Münzstraße 24, erschien soeben: Die U.S.P.D. am Scheidewege. Preis 1,50 Mk. Diese Broschüre macht Stimmung für den Anschluß an die Moskauer Internationale, sie enthält Beiträge von Däumig, Stöcker, Geher und Hennig.

Interessant ist, was Paul Hennig über die Moskauer Aufnahmebedingungen zu sagen hat. In § 2 wird verlangt, daß in allen verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung ausnahmslos bewährte Kommunisten gesetzt werden sollen. Wer soll entscheiden, fragt er, was Zentrumskleute und Reformisten sind und wer entfernt? In den Gewerkschaften und Genossenschaften hat die Partei nicht die Macht, jemand von seinem Posten zu entfernen oder auf einen Posten zu bringen.

Zu § 7. der den sofortigen Bruch mit dem Reformismus fordert, sagt D., daß dieser Eifer ihm nur ein lächeln entlockt; denn die Moskauer müssen sich schon gedulden, bis die Klärung erfolgt sei. An anderer Stelle zu § 20 sagt er: ein kleiner, enger Geist wehrt aus diesen Vorschriften. Er kommt aber doch zu dem Schluß, daß nur gewisse Bedingungen unannehmbar sind, grundsätzlich werde sie kein Parteitag delegierter ablehnen. Nach Hennig ist demnach der Anschluß der U.S.P.D. an Moskau eine Selbstverständlichkeit.

Im Verlag „Freiheit“, Berlin C. 2, Breite Straße 8/9, erschien: U.S.P.D.-Taschenkalender für 1921. Preis 4 Mk., für Organisationen 3 Mk.

Im Verlag „Vorwärts“, Berlin, Lindenstr. 8, erschien: Das Programm der Sozialdemokratie, Vorschläge zu seiner Erneuerung. Preis 15 Mk., für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder 8,75 Mk. Die erste Auflage war bereits in vier Tagen vergriffen die zweite ist vergriffen und bereits die dritte zur Ausgabe gelangt.

Im gleichen Verlage erschien: „Front und Fron“, das Grab des Patriotismus. Von G. Neuenhagen. Eine erschütternde Schilderung der Art und Weise, wie militärische Vorgesetzte mit den ihnen unterstellten Mannschaften umgesprungen sind. Schurken waren es, die anständige Menschen ärger wie Vieh behandelt und geschunden haben. Und dieses Ungeheuer will die Schuld am Zusammenbruch der Front den geschundenen Menschen zuschieben. Unglaublich, was diese Menschen sich unter dem Zwange der Militärgeetze herausgenommen haben. Das Buch sollte jeder lesen.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Achtung! - Arbeitslosenaktivität!

Die gelbe Berichtskarte bitten wir sofort einzusenden. Die Karten müssen mit 30 Pf. frankiert werden. **Der Zentralvorstand.**

Achtung, Zeitungsbestellung!

Wir erhalten jetzt öfters Bestellungen auf Lieferung der Verbandszeitung. Die betreffenden Kollegen sind nicht im Bilde, denn es ist ganz unmöglich, allen unseren Verbandsmitgliedern von hier aus die Zeitung direkt zuzustellen. Die Bestellung des Verbandsorgans muß beim Briefträger oder dem zuständigen Postamt erfolgen.

Selbst schnell!

Das Oesterreichische Komitee für Flüchtlinge aus Ungarn fordert auf zur Sammlung von Gaben zur Linderung der Not der Unglücklichen, die durch den Haß der jetzigen Nachbar aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Geld, Lebensmittel, Wäsche, Schuhe und Kleider sind vonnöten, weil die Flüchtlinge meist ohne alle Mittel, körperlich und seelisch gebrochen durch die ihnen widerfahrene Behandlung, ankommen.

Alle Sendungen sind zu richten an die Wohlfahrtsaktion für Flüchtlinge aus Ungarn, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Verammlungskalender.

Berlin. Freitag den 8. Oktober, abends 7 Uhr, in Voefers Festsälen, Weberstraße. Allgemeine Tapeziererverammlung. Bericht der Lohnkommission. Erscheint in Massen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Hamburg. Mitgliederversammlung Freitag, den 15. Oktober 1920, abends 8 1/2 Uhr, im Café des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: 1. Vorstands- und Kassenbericht vom 3. Quartal. 2. Antrag auf Unterstützung der Arbeitlosen zu Weihnachten und Erhebung von Extrabeiträgen. Bericht vom Gewerkschaftshaus und Arbeitsnachweis.

Für die Nummer 41 bestimmte Artikel und Berichte müssen bis zum 9. Oktober in Händen der Redaktion sein.

5000 Stück Klopfpeitschenstiele

aus gutem Hartholz billig abgegeben. **Schetke & Co., Gera-Neuh.**

Verbandsmitglieder! Schließt

nur Versicherungen ab bei der

Volksfürloge

Gewerkschaftl. - Genossenschaftl. Versicherungs-Aktiengesellschaft

Hamburg 5.

Erfinder

verdienen viel Geld. Lassen Sie Ihre Idee patentieren. Auskunft kostenlos durch „Musi“, Patentbureau, Rostock i. M., Polzeigarten 3.